

# Inhaltsübersicht

<b>Einführung</b> .....	25
A. Problemstellung .....	27
B. Ziel der Untersuchung .....	32
C. Gang der Untersuchung .....	32

## *Erster Teil*

<b>Regulierung als Rechtsbegriff und Staatsaufgabe</b>	36
--	----

### *Kapitel 1*

<b>Grundlagen des Regulierungsverwaltungsrechts</b>	36
A. Grundgesetzlicher Rahmen für die Energieregulierung .....	38
B. Historische Entwicklung der Gewährleistungsverantwortung .....	40

### *Kapitel 2*

<b>Regulierungsbegriffe, -instrumente und die Bedeutung des Wettbewerbs</b>	47
A. Aufgabe von Regulierung .....	47
B. Regulierungsrecht als öffentliches Privatisierungsfolgerecht? .....	72
C. Die Abgrenzung von Regulierungsrecht und Kartellrecht .....	73
D. Zusammenfassung .....	77

## *Zweiter Teil*

<b>Behördliche Entscheidungsfindung im Gefüge der Gewaltenteilung</b>	79
---	----

### *Kapitel 3*

<b>Die Dogmatik von Beurteilungsspielraum und Ermessen</b>	80
A. Grundlagen: § 40 VwVfG und § 114 VwGO .....	80
B. Verortung der Ermessensausübung im verfassungsrechtlichen Gefüge .....	84

*Kapitel 4*

<b>Die etablierten Sonderformen behördlicher Entscheidungsspielräume</b>	100
A. Anerkannte Sonderformen des Ermessens .....	100
B. Ausblick .....	106

*Dritter Teil*

<b>Die Entwicklung des Regulierungsermessens</b>	108
--	-----

*Kapitel 5*

<b>Die Entwicklung des Regulierungsermessens in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum TKG</b>	108
A. Anerkennung des Regulierungsermessens: BVerwGE 130, 39 .....	109
B. Festigung des Regulierungsermessens: BVerwGE 131, 41 .....	114
C. Adaption des Regulierungsermessens im Schrifttum .....	125
D. Ergebnis .....	138

*Kapitel 6*

<b>Die Übertragung des Regulierungsermessens auf das Energiewirtschaftsrecht</b>	139
A. Ausschluss der Übertragung wegen Besonderheiten im TKG bzw. EnWG .....	140
B. BGH „Stadtwerke Konstanz GmbH“ .....	153
C. BGH „Stromnetz Berlin GmbH“ .....	157
D. Die Etablierung des Regulierungsermessens im Energierecht .....	165
E. Fazit .....	179

*Vierter Teil*

<b>Regulierungsbehördliche Letztentscheidungsrechte im Unionsrecht</b>	180
--	-----

*Kapitel 7*

<b>Europarechtliche Anforderungen an Letztentscheidungsrechte im Energieregulierungsrecht</b>	180
A. Unionsrechtliche Gestaltungsvorgaben nationaler administrativer Entscheidungsbefugnisse .....	181
B. Das Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen die Bundesrepublik .....	189
C. Fazit .....	194

Inhaltsübersicht	11
------------------	----

### *Fünfter Teil*

<b>Rekonstruktion der energierechtlichen Ermessensdogmatik als Schlussfolgerung</b>	195
---	-----

### *Kapitel 8*

<b>Konturierung eines Subsumtionsermessens</b>	195
A. BGH: „Eigenkapitalzinssatz II“	196
B. Monistisches Konzept der Entscheidungsspielräume	210
C. Die „Richtigkeit“ einer Antwort auf die gestellte Rechtsfrage	219
D. Das Subsumtionsermessen: Dogmatische Verortung der skizzierten Entscheidungsspielräume	226
E. Ergebnis	234

### *Kapitel 9*

<b>Zusammenfassung und Thesen</b>	236
A. Zusammenfassung	236
B. Zusammenfassung in Thesen	238
<b>Literaturverzeichnis</b>	240
<b>Sachwortverzeichnis</b>	251

### *Anhang*

<b>Rechtsprechungsauswertung des BGH zum Regulierungsermessen 2014–05/2021</b>	253
--	-----

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b> .....	25
A. Problemstellung .....	27
I. Die zugrundeliegende Idee der behördlichen Rechtsanwendung .....	28
II. Regulierungsermessen des Bundesverwaltungsgerichts .....	30
III. Regulierungsermessen des Bundesgerichtshofs .....	30
B. Ziel der Untersuchung .....	32
C. Gang der Untersuchung .....	32

## *Erster Teil*

<b>Regulierung als Rechtsbegriff und Staatsaufgabe</b>	36
--	----

## *Kapitel 1*

<b>Grundlagen des Regulierungsverwaltungsrechts</b>	36
A. Grundgesetzlicher Rahmen für die Energieregulierung .....	38
B. Historische Entwicklung der Gewährleistungsverantwortung .....	40
I. Regulierungstheorie nach Smith und Daseinsvorsorge nach Forsthoff .....	41
II. Von der Daseins- zur Gewährleistungsverantwortung .....	42
1. Der Begriff der Gewährleistungsverantwortung .....	43
2. Wandel von der Daseins- zur Gewährleistungsverantwortung im Lichte europäischer Kompetenzzunahme .....	44
3. Keine Durchsetzung des Begriffs der Gewährleistungsverantwortung .....	45
4. Zwischenergebnis .....	45

## *Kapitel 2*

<b>Regulierungsbegriffe, -instrumente und die Bedeutung des Wettbewerbs</b>	47
A. Aufgabe von Regulierung .....	47
I. Eingrenzung .....	47

II. Begriffsbestimmungen .....	49
1. Regulierungsbegriffe .....	49
a) Ökonomischer Regulierungsbegriff .....	50
b) Sektorspezifischer Regulierungsbegriff Telekommunikation .....	51
c) Soziologisch-politikwissenschaftlicher Regulierungsbegriff .....	52
d) Eigenes Begriffsverständnis .....	52
2. Wettbewerbsmärkte und Energietransportmarkt .....	53
a) Funktionen und Ziele von Wettbewerb .....	53
b) Eigenschaften von Wettbewerbsmärkten .....	54
c) Besonderheiten der Energiemärkte .....	55
III. Wettbewerb im Regulierungsgefüge des EnWG .....	55
1. Die Zielvorgaben des § 1 EnWG .....	56
2. Die ratio legis des § 1 Abs. 2 EnWG .....	57
3. Die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung .....	57
4. Wettbewerbsregulierung als Widerspruch zur Marktwirtschaft? .....	57
5. Marktversagenstatbestände .....	59
a) Marktmacht durch Skaleneffekte (economies of scale) und Verbundvorteile (economies of scope) .....	59
b) Marktmacht im natürlichen Monopol .....	60
6. Zwischenergebnis .....	61
IV. Regulierungsgegenstand .....	62
1. Entwicklung bis 2004 .....	62
2. Entwicklungen ab 2005 .....	63
a) Die Erzeugung von Energie .....	64
b) Der Energietransport: der Netzbetrieb .....	64
c) Der Vertrieb von Energie .....	67
d) Zwischenergebnis .....	67
V. Regulierungsinstrumente .....	67
1. Marktzugangsregulierung: der regulierte Netzzugang .....	68
2. Entgeltregulierung: Die Anreizregulierung .....	68
3. Unbundling oder Entflechtung von Energieversorgungsunternehmen .....	70
4. Kartellrecht als Regulierungsinstrument? .....	71
VI. Zwischenergebnis .....	72
B. Regulierungsrecht als öffentliches Privatisierungsfolgerecht? .....	72
I. „Abwicklung“ ehemals staatlicher Unternehmen .....	72
II. Regulierung als Aufgabe von Dauer .....	72
C. Die Abgrenzung von Regulierungsrecht und Kartellrecht .....	73
I. Fünf Kriterien zur Abgrenzung des Regulierungs- vom Kartellrecht .....	73

II. Der ordentliche Rechtsweg als mögliches Indiz für die Rechtsnatur des Regulierungsrechts .....	74
III. Monopolverbot unter dem GWB .....	74
IV. Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden nach § 58 EnWG .....	76
V. Zivilrechtliche Preisaufsicht .....	76
VI. Die Missbrauchsaufsicht nach § 18 und die Fusionskontrolle nach § 35 GWB .....	77
VII. Zwischenergebnis .....	77
D. Zusammenfassung .....	77

## *Zweiter Teil*

<b>Behördliche Entscheidungsfindung im Gefüge der Gewaltenteilung</b>	<b>79</b>
---	-----------

## *Kapitel 3*

<b>Die Dogmatik von Beurteilungsspielraum und Ermessen</b>	<b>80</b>
A. Grundlagen: § 40 VwVfG und § 114 VwGO .....	80
I. Die Dichotomie von Tatbestand und Rechtsfolge .....	81
II. Abkehr von der Annahme der Zweigliedrigkeit von Rechtsnormen .....	82
III. Kompetenzfragen und Methodenfragen .....	83
IV. Relevanz von Methodenfragen für administrative Entscheidungsspielräume im Energieregulierungsrecht .....	84
B. Verortung der Ermessensausübung im verfassungsrechtlichen Gefüge .....	84
I. Verfassungsrechtliches Spannungsfeld behördlicher Letztentscheidungsrechte	86
1. Die Wesentlichkeitstheorie .....	86
2. Die normative Ermächtigungslehre .....	87
II. Entscheidungsspielräume der Verwaltung .....	88
1. Das gebundene Verwaltungshandeln .....	88
2. Beurteilungsspielraum – Begriffsinhalt .....	89
a) Die Lehre vom Beurteilungsspielraum nach Bachof .....	90
b) Weiterentwicklung zum heutigen Verständnis .....	91
c) Anerkannte Fallgruppen .....	92
3. Das Verwaltungsermessen – Begriffsinhalt .....	94
III. Materielle Rechtmäßigkeitsüberprüfung: Die Ermessensfehlerlehre .....	96
1. Ermessensausfall .....	97
2. Ermessensüberschreitung .....	98
3. Ermessens Fehlgebrauch .....	98
4. Zwischenergebnis .....	99

*Kapitel 4*

<b>Die etablierten Sonderformen behördlicher Entscheidungsspielräume</b>	<b>100</b>
A. Anerkannte Sonderformen des Ermessens	100
I. Das freie Ermessen	100
II. Das intendierte Ermessen	101
III. Das Planungsermessen oder die planerische Gestaltungsfreiheit	102
1. Die Einräumung des Planungsermessens	102
2. Die gerichtliche Überprüfung des Planungsermessens	103
IV. Koppelungsvorschriften	104
V. Das Versagungsermessen	105
1. Das Versagungsermessen im Baurecht	105
2. Das Versagungsermessen im Umweltrecht und im Atomrecht	105
VI. Zwischenergebnis	106
B. Ausblick	106

*Dritter Teil*

<b>Die Entwicklung des Regulierungsermessens</b>	<b>108</b>
--	------------

*Kapitel 5*

<b>Die Entwicklung des Regulierungsermessens in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum TKG</b>	<b>108</b>
A. Anerkennung des Regulierungsermessens: BVerwGE 130, 39	109
I. Ausgangslage	109
II. Herausforderungen	110
III. Sachverhalt	111
IV. Die Entscheidung	112
1. Die Entscheidungsbegründung	112
2. Das Regulierungsermessen	113
3. Zwischenergebnis	113
B. Festigung des Regulierungsermessens: BVerwGE 131, 41	114
I. Sachverhalt	114
II. Die Entscheidungsgründe	115
1. Einheitlicher Beurteilungsspielraum im Rahmen der §§ 10 Abs. 1, Abs. 2 und § 11 Abs. 1 TKG 2004	115
2. Kein Entgegenstehen von Unionsrecht oder nationalem Verfassungsrecht	116

3. Regulierungsermessen im Rahmen des § 21 TKG 2004 .....	116
a) Die Überprüfung des Beurteilungsspielraums im Rahmen des Regulierungsermessens .....	117
b) Die Überprüfung der Ausübung des Regulierungsermessens .....	118
III. Zwischenergebnis .....	119
IV. Entscheidungsspielräume bei der Marktdefinition und -analyse .....	120
V. Entscheidungsspielräume bei der Auferlegung von Regulierungsverpflichtungen .....	121
1. Erste Entscheidung .....	122
2. Zweite Entscheidung .....	122
VI. Der Neuigkeitsgehalt des Regulierungsermessens .....	123
1. Beurteilungsspielraum in Bezug auf §§ 10, 11 TKG 2004 .....	123
2. Koppelung von Beurteilungsspielraum und Ermessen .....	123
3. Bedeutungsgewinn des Verfahrens .....	124
4. Neue Rechtsfigur oder neuer Terminus .....	124
C. Adaption des Regulierungsermessens im Schrifttum .....	125
I. Argumente der Gegner eines Regulierungsermessens .....	125
1. Verstoß gegen Art. 19 Abs. 4 GG .....	126
a) Der „unkontrollierte Regulierer“ .....	126
b) Kein pauschales Regulierungsermessen für ein ganzes Rechtsgebiet .....	127
c) Normgeprägtes Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz .....	127
d) „Planwirtschaft durch Regulierungseingriffe“ .....	128
e) Zwischenergebnis .....	129
2. Analogie zu Entscheidungsbefugnissen des Bundeskartellamts .....	129
II. Argumente der Befürworter eines Regulierungsermessens .....	130
III. Eigene Bewertung .....	131
1. Formales Argument: Beschlusskammerverfahren nach §§ 132 ff. TKG .....	131
2. Normstrukturargument .....	132
3. Prognoseelement .....	133
4. Funktionsgrenzen der Rechtsprechung .....	134
5. Zwischenergebnis .....	134
IV. Dogmatische Schlussfolgerung .....	135
1. Tatsachen- oder Rechtsfragen: Terminologische Unschärfe .....	135
2. Rütteln an den Grundfesten verwaltungsrechtlicher Dogmen .....	136
3. Zwischenergebnis .....	137
D. Ergebnis .....	138



*Kapitel 6*

<b>Die Übertragung des Regulierungsermessens auf das Energiewirtschaftsrecht</b>	<b>139</b>
A. Ausschluss der Übertragung wegen Besonderheiten im TKG bzw. EnWG	140
I. Normierende und administrative Regulierung	141
II. Kein Ausschluss eines erweiterten behördlichen Entscheidungsspielraums wegen § 83 Abs. 5 EnWG	142
1. Hintergrund des § 71 Abs. 5 Satz 2 GWB	143
a) Die Weisungsgebundenheit des Bundeskartellamts und der Bundesnetzagentur	144
b) Ministerialerlaubnis als Grund für die Schaffung von § 71 Abs. 5 Satz 2 GWB	145
2. Zwischenergebnis	146
III. Ausschluss eines Beurteilungsspielraums wegen des Amtsermittlungsgrundsatzes aus § 82 Abs. 1 EnWG	146
IV. Ausschluss der Übertragung wegen der Verknüpfung von Marktabgrenzung und -definition mit den Regulierungsverpflichtungen zu einem einheitlichen Verwaltungsakt nach § 13 Abs. 3 TKG 2004	147
1. Untrennbare Verbindung zwischen Befund und Verpflichtungsauflegung	148
2. Mehrstufige Regulierungsverfahren unter dem EnWG	149
a) Mehrstufigkeit des Effizienzvergleichs nach §§ 12 ff. i. V.m. Anlage 3 ARegV	149
b) Vergleichbarkeit des Effizienzvergleichs mit der Marktdefinition, -abgrenzung und -analyse	151
c) Zwischenergebnis	152
V. Besonderheiten des Verfahrens bei der Bundesnetzagentur als formelle Kompensation für eine geringere Kontrolldichte	152
VI. Zwischenergebnis	153
B. BGH „Stadtwerke Konstanz GmbH“	153
I. Regulatorischer Hintergrund der Entscheidung	154
II. Sachverhalt	155
III. Entscheidungsgründe	155
IV. Eigene Würdigung der Entscheidung	157
C. BGH „Stromnetz Berlin GmbH“	157
I. Hintergrund und Sachverhalt	157
II. Entscheidungsgründe	158
1. Die Herleitung eines Beurteilungsspielraums in Bezug auf die Bestimmung des Qualitätselements nach §§ 19, 20 ARegV	158
2. Gerichtlicher Kontrollmaßstab	159
III. Verfassungsrechtliche Bedenken bezüglich des Regulierungsermessens	160
1. Praktische Konkordanz	160

2. Plausibilisierung der Daten und rechtsbeschwerdeinstanzliche Kontrolldichte	161
a) Prüfungsumfang des Bundesgerichtshofs bzgl. der Plausibilisierung	161
b) Belastbarkeit von Datengrundlagen als Tatsachenfrage	161
c) Abgrenzung von Tatsachen- und Rechtsfragen als zentrales Problem in der Überprüfung von Energieregulierungsentscheidungen	162
IV. Neuigkeitsgehalt des Regulierungsermessens unter dem EnWG	163
1. „Eingeschränkte Kontrolle“ auf Abwägungsfehler	163
2. Mehrwert des Regulierungsermessens	164
D. Die Etablierung des Regulierungsermessens im Energierecht	165
I. Die Rezeption der Übertragung des Regulierungsermessens vom TKG auf das EnWG in der Literatur	165
1. Grundsatz: Zulässigkeit von Ermessensspielräumen	165
2. Keine schematische Übertragung des Regulierungsermessens	166
3. Ablehnung wegen des Charakters der Energieregulierung als normierende Regulierung	166
4. Ablehnung wegen Parallelen zum Kartellrecht und dortiger Vollkontrolle	167
5. Keine Beurteilungermächtigung in den fraglichen Normen	168
6. Ablehnung wegen Kritik des Regulierungskonzepts in toto	168
7. Zwischenergebnis	169
II. Stimmen der Befürworter eines Regulierungsermessens	169
III. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Regulierungsermessens	169
1. Auswertung der BGH-Rechtsprechung zum Regulierungsermessens 2014–2021	170
2. Zwischenergebnis	172
3. Spielräume in Bezug auf die Bestimmung des Qualitätselements nach § 21a Abs. 5 Satz 2 EnWG, §§ 19, 20 ARegV	173
4. Spielräume in Bezug auf die Durchführung des Effizienzvergleichs nach § 21a Abs. 5 Satz 1 EnWG, § 12 ARegV	174
5. Spielräume bzgl. der Festlegung volatiler Kosten bei der Ermittlung der Verlustenergiekosten nach § 11 Abs. 5 ARegV	174
6. Spielräume in Bezug auf die Ermittlung des Eigenkapitalzinssatzes nach § 7 Abs. 5 StromNEV/GasNEV	175
7. Spielräume in Bezug auf § 19 Abs. 2 StromNEV	176
8. Spielräume bezüglich der Vorgaben zum Bilanzierungssystem Gas	177
9. Spielräume in Bezug auf die Festlegung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors (Xgen)	178
E. Fazit	179

*Vierter Teil*

<b>Regulierungsbehördliche Letztentscheidungsrechte im Unionsrecht</b>	180
--	-----

*Kapitel 7*

<b>Europarechtliche Anforderungen an Letztentscheidungsrechte im Energieregulierungsrecht</b>	180
---	-----

A. Unionsrechtliche Gestaltungsvorgaben nationaler administrativer Entscheidungsbe- fugnisse .....	181
I. Vorgaben aus dem Primärrecht .....	182
1. Das Handlungsspektrum .....	182
2. Die Verfahrensautonomie .....	183
II. Anforderungen durch das Clean-Energy-Paket .....	184
1. Vorgaben für nationale Entscheidungsspielräume oder Kompetenzverlagerung auf europäische Regulierungsbehörden .....	184
a) Befugnisse europäischer Regulierungsbehörden .....	185
b) Befugnisse der Kommission .....	186
c) Zwischenergebnis .....	186
2. Unionsrechtliche Vorstrukturierung einer Beurteilungsermächtigung .....	187
III. Rechtsprechung zu administrativen Entscheidungsspielräumen .....	187
1. Arcor .....	187
2. Neue Märkte .....	188
3. Kommission ./ Königreich Belgien .....	188
4. Zwischenergebnis .....	189
B. Das Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen die Bundesrepublik .....	189
I. Die Auffassung der Kommission .....	190
1. Verletzung von Art. 37 Abs. 1 lit. a der Richtlinie 2009/72/EG bzw. 2009/73/ EG .....	191
2. Verletzung von Art. 37 Abs. 6 lit. a und b der Richtlinie 2009/72/EG bzw. 2009/73/EG .....	191
II. Erfolgsaussichten dieser Beanstandungen der Kommission .....	192
C. Fazit .....	194

*Fünfter Teil***Rekonstruktion der energierechtlichen Ermessensdogmatik  
als Schlussfolgerung**

195

*Kapitel 8***Konturierung eines Subsumtionsermessens**

195

A. BGH: „Eigenkapitalzinssatz II“ .....	196
I. Maßstab der beschwerdeinstanzlichen Rechtskontrolle .....	197
1. Die Ermittlung des Eigenkapitalzinssatzes .....	197
2. Spielraum der Regulierungsbehörde bei der Methodenwahl .....	197
3. Die Anwendung der Methode durch die Bundesnetzagentur .....	198
4. Spielraum bei der Methodenausfüllung .....	199
a) Sichtweise des OLG Düsseldorf .....	200
b) Sichtweise des Bundesgerichtshofs .....	200
c) Implikation der Sichtweise des Bundesgerichtshofs .....	201
d) Bewertung dieser Einordnung .....	202
II. Keine zweite Tatsacheninstanz .....	202
1. Bestehen einer Beurteilungsermächtigung .....	203
2. Dogmatische Einordnung des Plausibilisierungserfordernisses .....	204
3. Kontrollmaßstab bezüglich der Methodenwahl .....	206
4. Widersprüche in der Argumentation des Bundesgerichtshofs .....	207
III. Würdigung .....	208
1. Keine passende Kategorie für die vorliegenden Entscheidungsspielräume ...	208
2. Kein „Ermessen“ bezüglich der Parameter- und Datenwahl .....	208
3. Ungeeignetheit des „Regulierungsermessens“ .....	209
B. Monistisches Konzept der Entscheidungsspielräume .....	210
I. § 19 ARegV .....	211
1. Entscheidungsspielraum bezüglich der Bewertungskriterien .....	211
2. Entscheidungsspielraum bezüglich der Vergleichsparameter innerhalb der Bewertungskriterien .....	212
3. Tatsachen- oder Rechtsfrage .....	213
II. Kategorisierungsfeindlichkeit der Entscheidungsspielräume .....	213
1. Normative Ermächtigung, hinreichend gewichtiger Sachgrund oder Funkti- onsgrenzen der Rechtsprechung .....	214
a) Normative Ermächtigung .....	214
b) Funktionsgrenzen der Rechtsprechung, Prognoseentscheidung .....	215
c) Hinreichend gewichtiger Sachgrund: Neuartigkeit der Spielräume .....	215
2. Grenzen behördlicher Entscheidungsfreiheit: Das Gesetz .....	216

3. Keine Aufhebung der Trennung von Tatbestand und Rechtsfolge .....	217
a) Folgen der Nichtbeachtung des Rationalitätsgebots .....	217
b) Kein einheitlicher Kontrollmaßstab komplexer Regulierungsentscheidun- gen .....	218
c) Zwischenergebnis .....	219
C. Die „Richtigkeit“ einer Antwort auf die gestellte Rechtsfrage .....	219
I. Die Frage nach dem richtigen Recht und der richtigen Antwort auf eine gestellte Rechtsfrage .....	220
II. Lösungsansatz: Methode und Argument .....	221
1. Justizsyllogismus und Subsumtion .....	222
2. Modifikation des zweistufigen bzw. dreistufigen Modells .....	223
3. Die Rechtfertigung einer diskretionär gefundenen Entscheidung .....	224
D. Das Subsumtionsermessen: Dogmatische Verortung der skizzierten Entscheidungs- spielräume .....	226
I. Neuartiger Entscheidungsspielraum .....	226
1. Differenzierung statt Vereinheitlichung .....	226
2. Überwindung des funktionell-rechtlichen Ansatzes .....	227
II. Abschichtung der Subsumtion .....	227
III. Die Dogmatik des Subsumtionsermessens .....	228
1. Das Subsumtionsermessen .....	228
a) Bedeutung von Subsumtion .....	228
b) Bisherige Verwendung des „Subsumtionsermessens“ .....	229
c) Neuer Begriffsinhalt .....	230
2. Dogmatische Verortung .....	230
a) Erster Schritt: Gesetzlicher Zielsatz .....	230
b) Zweiter Schritt: Subsumtion eines konkreten Vorgehens unter den gesetz- lichen Zielsatz, Subsumtionsermessen .....	231
c) Dritter Schritt: Methodenausfüllung .....	232
d) Viertes Schritt: Ergebnis der gesetzlich verfolgten Zielvorgabe .....	233
3. Zwischenergebnis .....	234
E. Ergebnis .....	234

### Kapitel 9

<b>Zusammenfassung und Thesen</b> .....	<b>236</b>
A. Zusammenfassung .....	236
B. Zusammenfassung in Thesen .....	238

Inhaltsverzeichnis	23
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	240
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	251

*Anhang*

<b>Rechtsprechungsauswertung des BGH zum Regulierungsermessen 2014–05/2021</b>	253
--	-----